

Persönliche Erklärung zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1890 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (BT-DRS: 17/654)

Persönliche Erklärung der Abgeordneten Ute Koczy und Ingrid Nestle

Die Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen. Das liegt daran, dass ein Nein, selbst wenn es sehr gut begründet ist, doch auch von denen instrumentalisiert werden kann, die glauben, ein Abzug der Truppen sei jetzt das Beste für Afghanistan. Dieser Auffassung muss ich entschieden widersprechen. Das ist nicht meine Position.

Aber meine Position findet sich auch nicht mehr in einer Enthaltung wieder. Ich hätte bei der letzten Entscheidung über das ISAF-Mandat im Dezember 2009 mit Nein gestimmt, wenn ich gewusst hätte, was einige Tage später über den Vorfall am Kunduz-Fluss, aber auch über die Mechanismen im Verteidigungsministerium bekannt geworden ist. Mit meiner Enthaltung hatte ich der neuen Bundesregierung einen Vertrauensvorschuss gegeben, der sich als nicht gerechtfertigt herausgestellt hat.

Jetzt liegt uns ein verändertes Mandat mit einem neuen Ansatz zur Entscheidung vor. Als Entwicklungspolitikerin kann ich positiv festhalten, dass sich mit der Aufstockung der Gelder für den zivilen Aufbau auf jährlich 430 Mio. Euro etwas bewegt hat. Aber zu der Umsetzung der Gelder habe ich so viele unbeantwortete Fragen, dass ich eine grundsätzliche Verbesserung der Lage nicht erkennen bzw. mir eine Bewertung nicht erlauben kann. Hier wäre eine Enthaltung auch wegen zahlreicher Veränderungen und positiver Entwicklungen in einigen Städten und Kommunen für mich möglich gewesen. Ich will ganz klar festhalten, dass es auch Fortschritte gibt, die viel zu wenig bekannt sind und in unserer Debatte immer nur am Rande stehen.

Mein ausdrücklicher Dank geht daher an die in Afghanistan eingesetzten zivilen Helferinnen und Helfer, an die Soldatinnen und Soldaten sowie ihre Familienangehörigen, die diese Fortschritte erst möglich machen.

Aber das von der Bundesregierung vorgestellte ISAF-Mandat ist kein ziviles Mandat, sondern es begleitet die US-amerikanische Strategie auf militärischem Weg und dies, ohne eine eigene Strategie zu definieren. Es ist nicht klar, was aus Sicht der Bundesregierung das Hauptziel in Afghanistan ist. Unsere stetige Forderung nach einer Gesamtbilanz und der Möglichkeit, darüber öffentlich und breit zu diskutieren, wird auch unter dieser Bundesregierung nicht erfüllt. Es findet sich im Mandat nur ein neuer Ansatz, aber keine neue Strategie. Hinzu lassen sich im Mandat miteinander konkurrierende Ziele nachweisen. Meine Zweifel daran, dass es sich mit diesem Mandat um einen „defensiveren“ Ansatz handelt, konnten nicht ausgeräumt werden.

Die militärische Eskalation lehne ich ab, die Truppenaufstockung daher ebenso. Ich teile daher die Argumente meiner Kollegin Agnieszka Malczak, die sie und andere in ihrer persönlichen Erklärung vorgelegt haben. Schwer wiegt aus meiner Sicht auch, dass es immer noch nicht gelungen ist, die Polizeiausbildung so zu intensivieren, dass sie ein Erfolg sein kann. Es ist ein Skandal, dass Deutschland und Europa ihre Versprechen in diesem entscheidenden Bereich nicht einhalten können, was meiner Meinung nach das Ziel einer „Übergabe in Verantwortung“ nicht möglich macht. Dies sind in aller Kürze die wesentlichen Überlegungen, warum ich diesmal mit Nein stimme.

